

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Carola Ensslen, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,  
Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

### **Betr.: Abschiebestopp und Aufenthaltsrecht für Jesid\*innen**

Ein Jahr ist es her, dass der Bundestag die Verbrechen des Islamischen Staats (IS) an den Jesid\*innen als Völkermord anerkannt hat. Auf der Homepage des Bundestags wird dieser Akt mit folgenden Worten flankiert: *„Die internationale Gemeinschaft sei lange untätig geblieben. Umso wichtiger sei die die Anerkennung des Völkermordes jetzt. Diese dürfe nicht nur als ‚Akt für die Geschichtsbücher‘ verstanden werden, sondern vielmehr als ein Akt des Handelns. Deutschland nehme sich dem Schutz des jesidischen Lebens an.“*

Die Lage im Irak ist weiterhin äußerst unsicher. In der Länderanalyse „Die Situation der Jesidinnen und Jesiden“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlingen von Mai 2023<sup>1</sup> werden die humanitären Bedingungen in den Lagern für Geflüchtete in der kurdischen Region Iraks mit Verweis auf Informationen der Vereinten Nationen als „extrem“ und „katastrophal“ beschrieben. Außerhalb der Lager sei die Situation aber oft noch schlechter, sodass es trotz der in den Lagern herrschenden prekären Bedingungen im Hinblick auf Wasserversorgung, medizinische Versorgung, Kanalisation und Müllentsorgung Wartelisten für den Einlass in die Lager gebe. Die Verfolger der Jesid\*innen vom IS sind weiterhin aktiv und verüben auch Angriffe mit Sprengfallen gegen Zivilpersonen. In den Briefing Notes des BAMF vom 09. Oktober 2023 wird die Sicherheitslage für Jesid\*innen im Irak weiterhin kritisch betrachtet.<sup>2</sup> Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak sind vor diesem Hintergrund lebensgefährlich und mit einem Leben in Menschenwürde nicht vereinbar<sup>3</sup>.

Trotz des Beschlusses des Bundestages, sich für den Schutz jesidischen Lebens einzusetzen, haben einige Bundesländer mit Abschiebungen begonnen. PRO ASYL hat vor dem Beginn der Innenministerkonferenz darauf hingewiesen, dass trotz der Anerkennung der Verfolgung der Jesid\*innen als Völkermord durch den Deutschen Bundestag, vermehrt Abschiebungen von Jesid\*innen stattfinden, darunter auch von Familien. Mitte November wurde eine jesidische Familie aus Bayern gewaltsam durch Abschiebung auseinandergerissen. Auch Hamburg hat 2023 mindestens drei Personen in den Irak abgeschoben. Ob es sich um Jesid\*innen handelte, wird nicht erfasst. Anfang des Jahres berichteten die Medien über einen Jesiden, der aus Hamburg abgeschoben werden soll.

<sup>1</sup> [https://www.ecoi.net/en/file/local/2092921/Deutschland.\\_Bundesamt\\_für\\_Migration\\_und\\_Flüchtlinge%2C\\_Die\\_Situation\\_von\\_Jesidinnen\\_und\\_Jesiden%2C\\_01.05.2023.\\_%28Kurzinformation\\_-\\_öffentlich%29.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2092921/Deutschland._Bundesamt_für_Migration_und_Flüchtlinge%2C_Die_Situation_von_Jesidinnen_und_Jesiden%2C_01.05.2023._%28Kurzinformation_-_öffentlich%29.pdf).

<sup>2</sup> [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/briefingnotes-kw41-2023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/briefingnotes-kw41-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=8).

<sup>3</sup> Eine umfassende Informationssammlung zur Lage im Irak findet sich im Offenen Brief des Niedersächsischen Flüchtlingsrates vom 05.02.2024 an BMI und AA: <https://www.nds-fluerat.org/58347/aktuelles/offener-brief-an-das-bmi-und-aa-abschiebung-jesiden-menschenrechte-zwischen-politischen-zustaendigkeiten-und-rechtsstaatlichkeit/>.

Eine Welle des Entsetzens ging durch die jesidische Gemeinschaft in Deutschland, die noch mit den Traumata aufgrund der tausendfachen Ermordung und Verfolgung ihrer Angehörigen vor den Augen der Internationalen Gemeinschaft leben muss. Es ist unverantwortlich, Menschen, die als Opfer eines Völkermords anerkannt wurden, in das Land des geschehenen Völkermords abzuschieben. PRO ASYL schätzt, dass derzeit 5.000 bis 10.000 irakische Jesid\*innen ausreisepflichtig und von Abschiebungen in den Irak bedroht sind. Die Forderung nach einem bundesweiten Abschiebestopp und der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen ist daher dringend geboten.

Es ist unsere humanitäre Pflicht, dass der Schutz jesidischen Lebens kein Lippenbekenntnis ist. Abschiebungen von Jesid\*innen aus Hamburg sind mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Der Hamburger Senat muss sich auf Bundesebene für einen sofortigen Abschiebestopp für Jesid\*innen einsetzen und diesen Menschen eine dauerhafte und sichere Perspektive in Deutschland bieten.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. gemäß § 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes einen Abschiebestopp mit sofortiger Wirkung in der Freien und Hansestadt Hamburg im Hinblick auf die Anerkennung des Völkermordes an den Jesid\*innen durch den IS und die anhaltend gefährliche Lage für Jesid\*innen im Irak anzuordnen;
2. sich auf Bundesebene für einen Abschiebestopp für Jesid\*innen einzusetzen;
3. sich auf Bundesebene darüber hinaus für ein Aufenthaltsrecht von Jesid\*innen nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes einzusetzen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.05.2024 zu berichten.